



Frau
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Offener Brief

Berlin, den 29. Juli 2020
08. Av 5780

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

in jüngster Zeit hat sich eine heftige Debatte über Antisemitismus und den politischen und wissenschaftlichen Umgang mit Antisemitismus entwickelt, die uns mit Sorge erfüllt. Denn mit dieser Debatte gehen persönliche Diffamierung einher. Da sich bereits einige Personen in einem Offenen Brief an Sie gewandt haben, ist es uns ein Anliegen, Ihnen die Sicht der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland auf diese Debatte darzustellen.

Die neueste polizeiliche Statistik zur politisch motivierten Kriminalität hat gezeigt, dass die Zahl antisemitischer Straftaten auf einem Rekordniveau liegt. Antisemitismus ist Alltag in Deutschland geworden. Er findet sich im muslimischen, im politisch rechten und linken Spektrum sowie zunehmend in der Mitte der Gesellschaft. Sehr häufig wird Antisemitismus als Kritik am israelischen Staat kaschiert.

Die jüdische Gemeinschaft ist daher der Regierungskoalition sehr dankbar, dass sie nach der vergangenen Bundestagswahl einen Bundesbeauftragten für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus berufen hat. Felix Klein füllt dieses Amt mit hoher Sachkompetenz, Empathie und Engagement aus. Die Bundesländer sind diesem Beispiel gefolgt, so dass endlich auf institutioneller Ebene flächendeckend Antisemitismus stärker und fundierter bekämpft wird als früher.

Dies hat zur Folge, dass sich die Aufmerksamkeit für das Thema erhöht hat, was wir sehr begrüßen. Die Antisemitismus-Beauftragten legen den Finger in die Wunde und thematisieren antisemitische Vorfälle oder Äußerungen, die früher eher im Verborgenen blieben. Gerade angesichts des Erstarkens des Rechtspopulismus' und Rechtsextremismus' ist dies eine überaus positive Entwicklung.

Dass die Antisemitismus-Beauftragten auch wissenschaftliche Werke kritisch kommentieren, wenn sie ihres Erachtens antisemitische Tendenzen aufweisen, gehört nach unserer Auffassung zu ihren Aufgaben. Kein Verständnis haben wir allerdings dafür, dass ein Beauftragter wie Felix Klein dafür verantwortlich gemacht wird, wenn sich Wissenschaftler gegenseitig mit heftigen Angriffen überziehen. Der Vorwurf, er unterdrücke Debatten oder wolle Kritiker der israelischen Regierung mundtot machen, ist haltlos und in unseren Augen auch respektlos.

Die Bundesregierung hat die Arbeitsdefinition Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) indossiert. Wir schätzen dieses unmissverständliche Signal und beispielhafte Vorgehen sehr. Ferner begrüßen wir, dass Landesregierungen, Landesparlamente, Vereine und Verbände diesem Beispiel gefolgt sind. Die Bundesregierung hat in diesem Jahr den Vorsitz der IHRA inne und gilt für zahlreiche Staaten als Vorbild in der Bekämpfung des Antisemitismus'. Die IHRA-Definition hat sich nunmehr zu einem zentralen Streitpunkt in der aktuellen Debatte entwickelt und wird in Opposition zum Recht auf freie Meinungsäußerung dargestellt. Diese Interpretation weisen wir zurück, denn sie wird dem Wesen der Definition nicht gerecht. Eine derartige Vereinnahmung der Definition durch ihre Kritiker lehnen wir ab.

Wissenschaftliche Dispute sind gut und wichtig. Sie sollten jedoch ohne persönliche Diffamierungen vonstattengehen. Und sie sollten unsere Aufmerksamkeit nicht davon ablenken, wo es Antisemitismus wirklich zu bekämpfen gilt.

Die jüdische Gemeinschaft begrüßt es uneingeschränkt, dass die Beauftragten – allen voran Felix Klein – sich auch dann öffentlich äußern, wenn es scheinbar nur um Kritik an Israel geht. Sie zeigen auf, wo der jüdische Staat dafür herhalten muss, um Judenfeindlichkeit zu transportieren.

Wir stehen hinter Felix Klein, sind dankbar für sein Engagement und zuversichtlich, dass sich weder die Beauftragten in Bund und Ländern noch die Bundesregierung in ihrem Kampf gegen Antisemitismus beirren lassen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Josef Schuster
Präsident



Mitunterzeichnende Landesverbände des Zentralrats der Juden in Deutschland und Großgemeinden:

- Israelitische Religionsgemeinschaft Baden (Oberrat) K.d.ö.R., Vorsitzender Rami Suliman
- Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern K.d.ö.R., Präsident Dr. Josef Schuster
- Jüdische Gemeinde zu Berlin K.d.ö.R., Vorsitzender Dr. Gideon Joffe
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg K.d.ö.R., Vorsitzender Gennadi Kuschnir
- Jüdische Gemeinde im Lande Bremen K.d.ö.R., Vorsitzende Elvira Noa
- Jüdische Gemeinde Frankfurt Main K.d.ö.R., Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Salomon Korn
- Jüdische Gemeinde Hamburg K.d.ö.R., Vorsitzender Philipp Stricharz
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen K.d.ö.R., Vorsitzender Dr. Jacob Gutmark
- Synagogen-Gemeinde Köln K.d.ö.R., Vorstand Isabella Farkas
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern K.d.ö.R., Vorstandsvorsitzender Valeriy Bunimov
- Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R., Präsidentin Dr. h.c. Charlotte Knobloch
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R., Vorsitzender Michael Fürst
- Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R., Vorsitzende Katarina Seidler
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R., Vorstandsvorsitzender Dr. Oded Horowitz
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz K.d.ö.R., Vorsitzender Avadislav Avadiey
- Synagogengemeinde Saar K.d.ö.R., Vorsitzender Richard Bermann
- Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden K.d.ö.R., Vorsitzende Dr. Nora Goldenbogen
- Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt K.d.ö.R., Vorsitzender Max Privorozki
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein K.d.ö.R., Vorsitzender Walter Blender
- Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein K.d.ö.R., Vorsitzender Igor Wolodarski
- Jüdische Landesgemeinde Thüringen (Erfurt) K.d.ö.R., Vorsitzender Prof. Dr. Reinhard Schramm
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe K.d.ö.R., Vorsitzender Zwi Rappoport
- Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs (Stuttgart) K.d.ö.R., Vorstandsvorsitzende Prof. Barbara Traub
- Bund traditioneller Juden in Deutschland e.V., Vorsitzender Michael Grünberg
- Union progressiver Juden in Deutschland K.d.ö.R., Generalsekretärin Irith Michelssohn